Vorläufige Mitteilung über die Pastenmethode bei Abortus provocatus

J.H.

Leunbach

Kopenhagen

Der Pastenmethode ergeht es offenbar wie ungefähr jeder neuen Therapie: Anfangs scheint sie nicht nur große Versprechungen zu geben, sondern auch zu halten. Nach meiner Meinung hat die Methode zu große Vorteile, um eine völlige Ablehnung zu verdienen. Ich halte sie aber nicht mehr für eine Universalmethode, die man wahllos anwenden darf. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, die Gefahren, die von verschiedener Seite erwähnt worden sind, zu eliminieren, wenn alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen befolgt werden:

Man darf nur solche Pastenpräparate verwenden, die von der Fabrik als absolut luftfrei garantiert werden. Man soll mit dem Auge kontrollieren können, daß die Paste wirklich luftfrei ist. Die Paste soll wasserlöslich sein, damit die Gefahr einer Fettembolie nicht vorhanden sei. Sie darf kein freies Alkali oder andere giftige Bestandteile enthalten, die eine Ätzung oder eine Vergiftung hervorrufen können.

Man sollte, soweit wie es überhaupt möglich ist, sich immer dessen vergewissern, daß im Uterus oder Zervikalkanal sich keine gefährlichen Infektionskeime befinden. Die antiseptischen Eigenschaften der Paste garantieren nicht gegen Sepsis.

Bei nicht kompensierten Herzfehlern soll die Kompensierung erst wieder hergestellt worden sein.

Während der ersten 6 Wochen der Gravidität darf die Pastenmethode nicht verwendet werden.

Leunbach, Vorläufige Mitteilung usw. – Beschlußfassung. 447

Von der 6. bis zur 12. Woche an kann die Pasteninjektion eine sehr gute Einleitung zum Abort sein. Man muß immer auf die Notwendigkeit einer Nachschabung vorbereitet sein. Eine nachträgliche Ausschabung ist meistens sehr leicht auszuführen.

Bei weiter vorgeschrittenen Graviditäten vom 3. bis 5. Monat ist die Pasteninjektion die leichteste und vielleicht die beste aller Methoden.

Zur Einleitung einer Geburt scheint die Methode sehr wohl geeignet zu sein. Die bisherigen Erfahrungen genügen jedoch kaum, um etwas ganz Sicheres zu sagen.

Ich halte mir eine eingehende Besprechung meiner Erfahrungen vor.

Beschlußfassung.

In der gemeinsamen Sitzung der Bayerischen Gesellschaft für Geburtshilfe und Frauenheilkunde und der Bayerischen Gesellschaft für Röntgenologie und Radiologie am 6. und 7. Februar 1932 in München wurde die Frage der Schädigung der Erbmasse nach Anwendung von Röntgen- oder Radiums I eingehend durch Gynäkologen, Radiologen und Eugeniker beraten und von den beiden Gesellschaften folgender Beschluß gefaßt:

Die von der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft und der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene in ihrer Sitzung am 17. und 18. September 1931 in München über diese Frage

gefaßte Entschließung stützt sich ausschließlich auf experimentelle Untersuchungen an Insekten und Pflanzen.

Die Versuchsbedingungen bei diesen Untersuchungen können und dürfen mit den Bedingungen, unter denen die Strahlen am Menschen angewendet werden, weder qualitativ noch quantitativ verglichen werden.

Da also die Voraussetzungen für eine solche Entschließung fehlen, lehnen wir sie ab. zumal auch die bisher vorliegenden Beobachtungen am Säugetier und am Menschen dagegen sprechen.

Die Entschließung muß den Bestand und die Weiterentwicklung der heute unentbehrlichen und auch nicht zu ersetzenden diagnostischen und therapeutischen Anwendung der Röntgenstrahlen im Bereiche des männlichen und weiblichen Unterleibes aufs äußerste gefährden. Sie wird sich außerdem für den Arzt zivil- und strafrechtlich unabsehbar auswirken.

Wir erachten es deshalb als unsere Pflicht, auf die verhängnis-vollen Folgen der Entschließung nachdrücklichst hinzuweisen und legen den beiden Gesellschaften nahe, sie auf Grund dieser Erwägungen zu überprüfen.